

10 Jahre später - Kein Schweigen nach dem NSU

Am 4. November 2011 erschossen sich die beiden Neonazis Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos nach einem missglückten Überfall in einem Wohnmobil in Eisenach. Am selben Tag vor gut zehn Jahren zündete Beate Zschäpe die konspirative Wohnung in der Zwickauer Frühlingsstraße an, vier Tage später stellte sie sich in Jena der Polizei. In den Jahren 2000 bis 2007 ermordete der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) aus rassistischen Motiven neun Menschen: Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat. Ihr letztes Opfer war die Polizistin Michèle Kiesewetter. Etliche weitere Menschen wurden durch Anschläge verletzt und teilweise bis heute traumatisiert, etwa in Nürnberg 1999 beziehungsweise in Köln in der Probsteigasse 2001 und in der Keupstraße im Jahr 2004. Die ermittelnden Behörden taten durch eine rassistisch motivierte Kultur der Verdächtigung, Diffamierung und Unterstellung ihr Übriges dazu, die Wirkung der Taten zu verstärken. Der Großteil der medialen Berichterstattung war gekennzeichnet durch eine Übernahme gesellschaftlich dominanter Ausgrenzungsschemata, die teils noch voyeuristisch ausgeschmückt wurden. Der rassistische Gehalt der Mordtaten und Anschläge sollte und wollte nicht gesehen werden, die Betroffenen, die Opfer, ihre Angehörigen, Freund_innen und ihr Umfeld wurden verdächtigt, selber Täter_innen zu sein.

Kommt mit uns am 6.11.2021 anlässlich des zehnten Jahrestags der Selbstenttarnung des NSU nach Zwickau, an den Ort, an dem der NSU jahrelang unbehelligt leben und seine Taten organisieren konnte! Eine überregionale Demo zum NSU-Komplex, die die wichtige Arbeit der lokalen antifaschistischen Strukturen unterstützt, ist hier umso wichtiger, weil relevante Mitglieder des Terrornetzwerks relativ ungestört in der Nähe leben, ohne dass sich die sogenannte Mitte der Gesellschaft groß daran zu stören scheint.

10 Jahre seit Bekanntwerden des NSU sitzt Beate Zschäpe lebenslänglich im Gefängnis, die Mitangeklagten Ralf Wohlleben, André Eminger, Carsten Schultze und Holger Gerlach befinden sich längst wieder auf freiem Fuß. Alle weiteren Unterstützer_innen aus dem NSU-Komplex sind unbehelligt, das Umfeld, das die zehn Mordtaten ermöglichte und unterstützte wurde nicht zur Verantwortung gezogen. Nach einem über fünf Jahre dauernden Prozess am OLG München, nach elf parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und einer langen Liste an Fachbüchern zum Thema stellen sich für uns mehr Fragen als Antworten. Die Antworten, die wir haben, verdanken wir insbesondere der Arbeit der Nebenklage im Prozess, den recherchierenden Antifas, Journalist_innen und engagierten Personen in parlamentarischen Gremien. Wir wissen, dass der NSU nicht zu dritt war. Das Netzwerk seiner Unterstützer_innen reicht weit bis in die heutige Naziszene hinein. Auch wissen wir, dass die Verstrickungen der Geheimdienste in und mit der Naziszene eine tödliche Qualität entfalten. Ganz aktiv haben sich staatliche Stellen gegen die Aufarbeitung des NSU-Komplex gestellt, Akten wurden vernichtet oder geschwärzt, die Persönlichkeitsrechte von V-Leuten über die Aufklärung von Morden gestellt, bestenfalls kryptische Aussagen in den Untersuchungsausschüssen getätigt und Verantwortlichkeiten kleingeredet, um so letztlich das vollkommen falsche Bild eines isoliert handelnden Trios aufzubauen. Und somit sind die genauen Antworten auf viele Fragen nach wie vor im Dunkeln. Welche Nazis, die die Morde des NSU unterstützen und deckten, können weiterhin ihren Aktivitäten nachgehen? Wie genau laufen die Verstrickungen staatlicher Geheimdienste und der militanten Neonaziszene und was sind die konkreten Motivlagen hierfür?

Die Geschehnisse um den NSU-Komplex waren kein Staatsversagen, auch keine Versäumnisse. Vielmehr offenbaren sich hier systemische Verhältnisse, die nur als solche angegangen werden können. Das so angenehm menschlich klingende Gerede vom Versagen redet die Dimensionen des Problems, mit dem wir es angesichts der deutschen Sicherheitsapparate zu tun haben, klein, ganz so als wären Bullen und Geheimdienste an einer zu großen Aufgabe gescheitert, weil sie es nicht hart genug versucht hätten. Doch das Gegenteil ist der Fall: der Wille staatlicher Behörden gegen Nazis etwas zu unternehmen war stets gering. Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe konnten mehr als zwölf Jahre ein recht ungestörtes Leben im Untergrund führen. Ihre engen Kontakte zu Zuträger_innen und V-Leuten des Verfassungsschutzes waren ihnen dabei überhaupt nicht hinderlich. Offensichtlich wurde aktiv weggesehen. Es spricht Bände, dass die Inlandsgeheimdienste, die hier, bei einer der gravierendsten Mord- und Anschlagsserien der Nachkriegsgeschichte, nichts aber auch gar nichts zu ihrer Verhinderung oder zumindest ihrer Aufklärung beigetragen haben, so wenig gesellschaftliche Legitimation einbüßen mussten. Seit ihrer Gründung durch maßgebliche Akteure des Nationalsozialismus hofieren, finanzieren und unterstützen diese Apparate Rechte und scheuen gleichzeitig keine Mühen, linke und progressive Bewegungen zu durchleuchten, zu spalten und zu verfolgen. Sie gehören ersatzlos abgeschafft. Das wäre das Mindeste.

Die Debatten über institutionellen Rassismus haben nichts an Aktualität verloren. Runter gebrochen heißt das, es ist in die Logik der Behördenarbeit eingeschrieben, dass sie Menschen mit Migrationsbiographie stigmatisieren und sie als nicht-vollwertigen Teil der Gesellschaft behandeln. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass sich die institutionellen Rahmenbedingungen groß geändert haben, die über alle die Jahre bis zur Selbstenttarnung dazu führten, dass Polizei und Staatsanwaltschaften die Täter_innen primär unter den Opfern suchten. Innerhalb eines auf Corpsgeist, Gehorsam und Unterwerfung setzenden Apparats ist es wirklich nicht als verwunderlich, dass dort Rassismus und andere Ideologien der Ungleichheit florieren. Es gehört eine gewisse individuelle Disposition dazu, gewisse Einstellungsmerkmale müssen vorhanden sein ~~sich so einen~~ sich einen solchen Job zu suchen und keinen anderen. Polizist_innen bilden keinen Durchschnitt der Bevölkerung ab. Die Polizei ist keine neutrale, unpolitische Akteurin, gegen Nazis vermag sie reichlich wenig auszurichten. (Die mutmaßlich mit internen Polizeikreisen zusammenarbeitende Gruppierung NSU 2.0 stellte diese Kontinuität rassistischer Polizeikultur ganz offensiv in ihrem Namen zur Schau). Es ist höchstens die Spitze des Eisbergs, dass kaum eine Woche vergeht in der nicht eine weitere rassistische Chatgruppe in Polizei und Militär öffentlich wird, in der sich Beamt_innen mit ihrer allzu offenen Sympathie für nationalsozialistisches Denken hervortun. Wer es wirklich ernst meint im Kampf gegen Nazis und andere Rechte wird früher oder später mit der Polizei in Konflikt geraten. Und das aus Gründen.

Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU ist für uns auch klar, dass sich der soziale Nährboden, aus dem der NSU entstand und die Rahmenbedingungen seiner Nichtaufarbeitung ~~allenfalls minimal~~ nur gering verändert haben. Die „Generation NSU“ hat ihre politische Sozialisation in den Baseballschlägerjahren der 1990er erlebt. In dieser bis dato breitesten rechten Mobilisierung erfuhren Nazis ganz reale Straßenmacht. Sie erlebten, dass sich mit Einschüchterungen, Übergriffen, Gewalttaten bis hin zu Anschlägen reale Politik machen lässt. Ihr Einfluss auf die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl durch Straßenterror und Anschläge bedeutete für die Nazis eine Bestätigung ihres Handelns von höchster Stelle. Der staatliche Verfolgungsdruck hierbei war äußerst gering, Nazigewalt hatte für viele Täter_innen keine Folgen. Auch sozial erfuhren sie eine zu geringe Gegenwehr. Krasse Gewalt bis hin zum Mord wurde kleingeredet, Faschos und ihre Bedrohlichkeit wurden als unpolitische oder schlimmstenfalls

politisch unzufriedene Jugendliche verharmlost. Die Gewissheit, mit ihren Ansichten und ihrem Tun in Teilen der Bevölkerung auf Sympathie bis hin zur aktiven Zustimmung zu stoßen macht es Nazis auch heute noch leicht – auch wenn die Verhältnisse heute nicht mit denen von vor 30 Jahren gleichzusetzen sind. In einer Gesellschaft, die auf Konkurrenz, Ausgrenzung und Ausbeutung fußt, strukturieren Ideologien der Ungleichwertigkeit ihre Institutionen und beeinflussen die in ihr lebenden Menschen. Rassismus, Nationalismus, antisemitische Einstellungen oder geschichtsrevisionistische Ansichten sind kein Exklusivmerkmal von Nazis, sondern sind auch in der behandelten Mehrheitsgesellschaft verbreitet.

In einem Umfeld, in dem Faschos zumindest zum akzeptablen Spektrum politischer Meinungen gezählt werden und allenfalls dann zum Problem werden, wenn sie mit ihrem Treiben negative Aufmerksamkeit und Schlagzeilen provozieren, ist es auch für militante Nazis kein Kunststück, als ganz normale Nachbar_innen durchzugehen. Die Verhältnisse in Zwickau, wo Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe ein reichlich umtriebigen Nachbarschaftsleben für untergetauchte Terrorist_innen führen konnten, sind vor diesem Hintergrund zu verstehen. In der Stadt Zwickau ist die Erinnerung an ihre wichtige Rolle als Ort des rechten Terrors, als Wirk- und Rückzugsstätte des NSU bis heute kaum präsent. Ein würdiges Gedenken in dieser Stadt wäre angesichts dessen, dass Unterstützer_innen des NSU wie André Eminger oder Matthias Dienelt weiterhin in der Nähe leben, umso angebrachter.

Die Verhältnisse heute geben wenig Grund zum Aufatmen. Eine Dekade nach dem Öffentlichwerden des NSU hat sich nach Pegida und dem Erstarken der AfD mit den verschiedenen Ausprägungen der Pandemieleugner_innen und -verharmloser_innen eine weitere rechte Massenbewegung in diesem Land konsolidiert. Ohne in eine simple Gleichsetzung mit den Verhältnissen der 1990er Jahre zu verfallen, so sehen wir doch besorgniserregende Parallelen. Eine breite rechte Bewegung, die teils Massencharakter entwickeln konnte, die auf einen gewissen gesellschaftlichen Resonanzraum trifft und in der Gewalttätigkeit integraler Bestandteil ihrer Ideologie ist sollte Antifaschist_innen und alle weiteren, die potentiell von Nazis bedroht werden, Grund zu erhöhter Aufmerksamkeit sein.

Auch wenn sich in der politischen Gesamtsituation seit 2011 wenig zum Positiven gewendet hat, so sehen wir doch Veränderungen. So haben sich die Perspektiven antifaschistischer und antirassistischer Arbeit in den letzten Jahren erweitert. Die Notwendigkeit, Betroffenen zuzuhören und weitere Positionen in linke und linksradikale Politik einzubeziehen, ist eine Lehre, die Viele aus dem NSU gezogen haben. Schließlich spielte das rassistische Motiv dieser Mordserie auch in der Linken bis zur Selbstaufdeckung keine Rolle. Die Angehörigen und Freund_innen von Halit Yozgat, die im April 2006 eine Demo unter dem Motto „Kein 10. Opfer“ durchführten, hatten den richtigen Verdacht. Auch Familie Kubaşık und ihre Freund_innen veranstalteten eine Demo im Juni des selben Jahres mit gleicher Stoßrichtung. Ein Effekt der antifaschistischen Arbeit zum NSU ist, dass ältere Anschläge und Mordtaten recherchiert und an die Öffentlichkeit gebracht wurden. Tragischerweise auch durch die Aktualität rechten Terrors, durch Halle, Hanau, München und andere Anschläge motiviert, wurde und wird die Untersuchung der Geschichte rechten Terrors in Deutschland von weit aus mehr Menschen getragen, als zum Zeitpunkt der Selbstenttarnung des NSU.

Der 4. November 2011 stellte eine Zäsur für Antifaschist_innen in Deutschland dar, denn die Mord- und Anschlagserie des NSU weist eine gewisse Spezifik innerhalb der Geschichte des Rechtsterrorismus auf – und das nicht primär aufgrund der Anzahl ermordeter und verletzter

Menschen. Besonders ist, dass diese Taten von der Mehrheitsgesellschaft über so einen langen Zeitraum nicht als rechter Terror erkannt wurden. Die Mutmaßungen eines rassistischen Motivs etwa wurden weggeschoben und delegitimiert. Obwohl die Behörden Informant_innen und Mitarbeitende in unmittelbarer Nähe platziert hatten, obwohl sie wissen mussten, was sich abspielte, sind sie nicht eingeschritten. Charakteristisch ist auch das jahrelange mediale und öffentliche Nicht-Ernstnehmen, die Retraumatisierung und Diffamierung der Betroffenen und ihres sozialen Umfelds.

10 Jahre nach der Selbstaufdeckung wissen wir leider auch, dass der NSU keine Ausnahme in der Geschichte des deutschen Neonazismus darstellt. Spätestens seit den 70er Jahren morden und bomben Neonazis. Ihre Ziele und Opfer entsprechen den Feindschemata nationalsozialistischer Ideologie, sie sind zumeist Migrant_innen, Linke, Jüdinnen und Juden, queere Menschen. Auch die Verharmlosung hat Tradition. So sehr der militante Neonazismus in dieser Perspektive als Kontinuität, als langanhaltendes politisches Projekt begriffen werden muss, so sehr zeichnen Einzeltäter_innenthesen, Entpolitisierung und Vertuschung seinen Weg.

Am 06.11.2021 wollen wir, in Zwickau, dem Ort der Selbstenttarnung des NSU, der Opfer des NSU gedenken. Gedenken bedeutet in diesem Zusammenhang auch die Fragen nach Aufklärung zu stellen und die Verantwortlichen in Staat, Gesellschaft und dem Ort Zwickau anzuklagen. Es liegt auch an uns, diese Taten nicht zu vergessen, an die Opfer und Überlebenden zu erinnern und dafür zu sorgen, dass Nazis heute und in Zukunft auf den erbitterten Widerstand stoßen, den sie verdienen! Es gilt die gesellschaftlichen Bedingungen zu überwinden, die den NSU-Komplex möglich machten!